

IA_01 Initiativantrag

Antrag: Lützerath

Antragstellung: T. Hovestadt, E. Bartelmus-Scholich, H. Born, Sascha H. Wagner, S. Lehmann, Z. Gökhan, C. Swillus-Knöchel, H. Behrens, R. Beese

Ergebnis: -

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE.NRW fordert, dass kein weiteres Dorf für den Betrieb oder Ausbau des Tagebaus Garzweiler II zerstört wird. Auch Lützerath darf weder geräumt noch zerstört werden, ebenfalls sind alle Aktivitäten am und im Tagebau sofort zu stoppen, die den Fortbestand von Lützerath oder die dauerhafte Stabilität von baulichen Strukturen in und um Lützerath gefährden könnten.

Die sogenannte Mahnwache in Lützerath muss eine zeitlich unbefristete Duldung erhalten. Die Existenz wie auch die Entstehung weiterer derartiger Stützpfiler der Zivilgesellschaft sind zu begrüßen. Sie ermöglichen eine dauerhafte genaue und unabhängige Beobachtung der Aktivitäten von RWE im und am Tagebau und tragen zur Einhaltung der notwendigen Klimaziele bei.

Die laut Angaben des Düsseldorfer Wirtschafts- und Klimaministeriums bis 2030 im Tagebau Garzweiler noch abzubaggernden 280 Millionen Tonnen Braunkohle überschreiten die mit dem Pariser 1,5 Grad-Klimaziel zu vereinbarenden Mengen um ein Vielfaches. Wir fordern daher, die Gesamtmenge der zu fördernden Braunkohle im Rahmen des 1,5 Grad-Klimaziels zu begrenzen. Mehrere Gutachter:innen bestätigen, dass dies voraussichtlich keinerlei Engpässe in der Energieversorgung zur Folge haben wird.

33

Die Landesregierung wie auch die Bundesregierung werden aufgefordert, den Ausbau erneuerbarer Energien mit Nachdruck voranzutreiben. Die bereits vorhandenen Ansätze und Pläne für eine Konversion der fossilen Energiewirtschaft und -herstellung müssen endlich umgesetzt werden. Hierzu muss für die Arbeiter:innen eine Beschäftigungsgarantie mit umfassenden Umschulungen sowie weitergehenden Qualifizierungsmaßnahmen durchgesetzt werden. Hierzu sind auch die vielen Milliarden Euro aus jahrzehntelangen Gewinnen der Energiekonzerne umfassend zu verwenden, weiterhin ist die Landesregierung aufgefordert, evtl. fehlende notwendige finanzielle Mittel für solche Maßnahmen und Förderungen zur Verfügung zu stellen. Daraus ist auch die Ansiedlung von nachhaltig produzierenden Betrieben zu finanzieren wie auch der transformative Umbau der Unternehmen der Braunkohleindustrie.

Begründung: Die Dringlichkeit ist gegeben, durch die erst am Wochenende 15./16. 10.22 erfolgten Beschlüsse des Landesparteitags der in NRW mitregierenden Grünen

Liebe Genossinnen und Genossen,
warum diesen Initiativ-Antrag?

Unsere Zeit ist geprägt von einer Abfolge schwerer Krisen, welche die Zukunftsaussichten eines großen Teils der in Europa lebenden Menschen, wenn nicht gar der Menschheit massiv in Frage stellen: einer globalen Pandemie mit weltweit Millionen an Toten wie auch mit enormen Einschränkungen folgt mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ein Krieg im Osten unseres Kontinents Europas, der Tod und großes Leid sowie Flucht für Millionen Menschen bedeutet, und dessen Auswirkungen

beispielsweise im Energiesektor aber auch in der Lebensmittelversorgung einen großen Teil aller Menschen weltweit belasten.

Überlagert und größtenteils bedingt sind diese Krisen von weltweiten Verteilungskämpfen im Kapitalismus, die uns Menschen gleichzeitig der Fähigkeit zu berauben drohen, einer sich zuspitzenden und nahezu ausschließlich menschengemachten weltweiten Klimakatastrophe mit wirksamen Maßnahmen zu begegnen - geschweige denn, dass die bisher eingeschlagenen und bei weitem nicht ausreichenden Maßnahmen und Antworten auf den Klimawandel sozialverträglich und gerecht auf den Schultern aller Menschen verteilt werden.

In diesen Zeiten einer enormen Verantwortung für die Entscheider:innen in Politik und Wirtschaft erleben wir in NRW (fast) hautnah vor Ort, wie in Deutschlands größter CO₂-produzierender Region, dem Rheinischen Braunkohlerevier, aus dem Tagebau noch für mindestens 8 Jahre weitere Hunderte Millionen Tonnen des klimaschädlichsten Energieträgers Braunkohle abgebaut und verfeuert werden sollen - und das vor Allem, weil ein bereits seit Jahrzehnten die Region dominierender Energiekonzern RWE (vormals Rheinbraun) auch die derzeitige Landesregierung mit vielfältigen lobbyistischen Verzahnungen, aber auch mit Hilfe von Drohszenarien bzgl. regionaler Arbeitsplätze dazu drängen kann.

Der Drang eines Großkonzerns zur Profitmaximierung kann sich gegen alle warnenden Hinweise mehrerer Gutachter:innen durchsetzen, und selbst das letzte bisschen an

34

wissenschaftlicher Basis wurde der Entscheidungsfindung entzogen durch eine RWE unterstützende Politik der Landesregierung. Zudem konnten sich am letzten Wochenende innerhalb der einen Regierungspartei, der Grünen, auf ihrem Bundesparteitag in Bonn mahnende Stimmen nicht durchsetzen, die ein Moratorium für das demnächst zu räumende und abzubaggernde Dorf Lützerath für dringend angeraten hielten!

Während des Moratoriums hätten Wissenschaftler:innen ohne jegliche Gefährdung für unsere Energieversorgung und für den Betrieb der Tagebaus in den nächsten Monaten die Notwendigkeit weiteren Braunkohleabbaus genau und aus unabhängigen (neuen) Daten prüfen können - aber selbst so einen im Grunde unbedenklichen Schritt konnte der Energiekonzern RWE im Schulterschluss mit den Regierenden verhindern, und gemeinsame Pressekonferenzen wie die der beiden WirtschaftsministerInnen Neubaur (NRW) und Habeck (Bund) letzstens zusammen mit dem RWE-Vorstandschef Krebber zeigen den unheilbringend hohen Grad der Verbandelung zwischen umweltzerstörenden Großkonzernen und Regierenden.

In diesen Zeiten fällt uns LINKEN mit unserem klaren klimapolitischen Programm für Klimagerechtigkeit und gegen Umweltzerstörungen eine umso wichtigere Rolle zu, sind wir doch die einzige verbliebene größere politische Partei, die sich diesen Klimaverbrechen noch in den Weg stellen könnte.

Denn hier um und unter Lützerath drohen mit Abbau, Verfeuerung und Verstromung weiterer Hunderter Millionen Tonnen Braunkohle für Deutschland die klare

Überschreitung des 1,5-Grad-Ziels - eines Klimaziels, das nicht nur reinen Symbolcharakter hat, wie uns regierende Grüne neuerdings weismachen wollen, sondern das sehr wohl steht als zentrales Stoppschild, um das sich durch die Folgen des Klimawandels verschärfende Leid und Not von Hunderten Millionen Menschen weltweit auch nur einigermaßen noch zu begrenzen. Ein Leid, das übrigens überdurchschnittlich stark die ärmeren Menschen trifft.

Wir Unterzeichnende bitten, dass der Landesparteitag unseren Initiativ-Antrag zu diesem derzeit in unserem Bundesland extrem wichtigen Thema der anstehenden Räumung und Zerstörung von Lützerath beschließen soll.

Thomas Hovestadt
Edith Bartelmus-Scholich Helmut Born
Sascha H. Wagner
Sigrid Lehmann
Zeki Gökhan
Cornelia Swillus- Knöchel Heidemarie Behrens Rena Beese

Delegierter LAG „Weg mit Hartz IV“ Delegierte LAG Tierschutz Delegierter KV
Düsseldorf Delegierter KV Wesel

Ratsmitglied DIE LINKE Düsseldorf KV Rhein-Erft
KV Essen
KV Düsseldorf

KV Dortmund